

LACKAFFE, LÜGENFRITZE, PINOCCHIO: SOLLTE MAN BELEIDIGUNGEN GEGEN POLITIKER WEITERHIN BESONDERS BESTRAFEN?

Name:

Klasse:

AUFGABEN

1 Einstieg: Was darf man sagen?

Die Meinungsfreiheit erlaubt jedem, frei zu sagen, was er denkt. Aber ist wirklich alles davon geschützt?

a) Lies die Fälle A-E. Kreuze bei jedem Fall an, was du spontan denkst: *geschützt*, **nicht geschützt** oder **unsicher**? Begründe jeweils **kurz**.

b) Diskutiert danach im Plenum: Bei welchen Fällen wart ihr euch **schnell einig** und welche fandet ihr **schwierig**?

A In einem öffentlichen Post: „Ich finde die Politik der Regierung katastrophal und unsozial.“
o geschützt o nicht geschützt o unsicher

B Eine Influencerin äußert online eine umstrittene Meinung. Daraufhin kritisieren viele Nutzer sie scharf, und ihre Werbepartner beenden die Zusammenarbeit.
o geschützt o nicht geschützt o unsicher

C Jemand verbreitet öffentlich, eine bestimmte Person habe Spendengelder gestohlen, obwohl er weiß, dass das frei erfunden ist.
o geschützt o nicht geschützt o unsicher

D Jemand ruft in einer Rede öffentlich dazu auf, eine bestimmte Bevölkerungsgruppe zu hassen und anzugreifen.
o geschützt o nicht geschützt o unsicher

E Jemand nennt einen Politiker öffentlich „Lügenfritze“.
o geschützt o nicht geschützt o unsicher

LACKAFFE, LÜGENFRITZE, PINOCCHIO: SOLLTE MAN BELEIDIGUNGEN GEGEN POLITIKER WEITERHIN BESONDERS BESTRAFEN?

Name:

Klasse:

AUFGABEN

2 Das Grundrecht Meinungsfreiheit

Lies den Text M1.

- Gib wieder, welches **Recht Artikel 5** des Grundgesetzes garantiert.
- Erkläre mit dem Text, warum die Meinungsfreiheit für eine **Demokratie** wichtig ist.
- Benenne, wovor die Meinungsfreiheit dich schützt und wo sie ihre **Grenzen** hat.

M1: Das Grundrecht Meinungsfreiheit

- In Deutschland darf jeder Mensch frei sagen, was er denkt. Dieses Recht steht in Artikel 5 des
- Grundgesetzes. Für eine Demokratie ist es besonders wichtig: Nur wer offen seine Meinung sagen
- darf, kann die Regierung kritisieren, auf Probleme aufmerksam machen und mitreden.
- Die Meinungsfreiheit schützt dich dabei vor dem Staat. Polizei, Gerichte oder Behörden dürfen dich
- also nicht für deine Meinung bestrafen. Sie schützt dich aber nicht davor, dass andere Menschen dir
- widersprechen oder Konsequenzen ziehen. Und sie hat Grenzen: Du darfst hart kritisieren, aber du
- darfst nicht über andere lügen, sie beleidigen oder zu Hass gegen Gruppen aufrufen.

a)

b)

c)

LACKAFFE, LÜGENFRITZE, PINOCCHIO: SOLLTE MAN BELEIDIGUNGEN GEGEN POLITIKER WEITERHIN BESONDERS BESTRAFEN?

Name:

Klasse:

AUFGABEN

3 Politikerbeleidigung

Scanne den **QR-Code** zur **Debatte** und lies den **Einleitungstext**.

- Gib wieder, was eine **Politikerbeleidigung** nach § 188 anders macht als eine normale Beleidigung.
- Erkläre, welches **Problem** dieser Paragraf lösen soll.

Scanne dann den **QR-Code** zum **Hintergrund** und lies den **Text**.

- Erkläre, warum gar nicht so klar ist, ob ein Spruch wie „**Lügenfritze**“ überhaupt unter § 188 fällt.
- Erkläre, warum so eine Regelung die **Meinungsfreiheit einschränken** kann, obwohl eine Beleidigung selbst nicht von der Meinungsfreiheit geschützt ist.



Debatte:
Sollte man
Beleidigungen gegen
Politiker weiterhin
besonders bestrafen?
(Buzzard)



Hintergrund:
Wie
Politikerbeleidigungen
im Strafrecht geregelt
sind
(Jahn / Heymann, ZDF)

a)

b)

c)

d)

LACKAFFE, LÜGENFRITZE, PINOCCHIO: SOLLTE MAN BELEIDIGUNGEN GEGEN POLITIKER WEITERHIN BESONDERS BESTRAFEN?

Name:

Klasse:

AUFGABEN

4 Pro und Contra

Teilt die **Pro-** und **Contra-Perspektiven** zur Debattenfrage gleichmäßig in der Klasse auf. Scanne deinen **QR-Code** und lies den **Text** deiner Perspektive.

- Fasse die wichtigsten **Argumente** deines Textes in Stichpunkten **zusammen**.
- Ordne ein**: Sieht deine Perspektive die besondere Strafe eher als **Schutz** für die **Demokratie** oder als **Gefahr**? *Begründe*.



Pro:
Ohne klaren Schutz für Politiker leidet die Demokratie (Beck / Hoffmeister, Deutschlandfunk Kultur)



Pro:
Politische Ämter verdienen besonderen Respekt (Beyer, Spiegel)



Contra:
Politiker dürfen keine Extra-Behandlung kriegen – das schadet der Demokratie (Conrad, taz)



Contra:
Beleidigungen sollten generell nicht strafrechtlich verfolgt werden (Rieg, Telepolis)

a) Argumente	b) Bedeutung für die Demokratie

LACKAFFE, LÜGENFRITZE, PINOCCHIO: SOLLTE MAN BELEIDIGUNGEN GEGEN POLITIKER WEITERHIN BESONDERS BESTRAFEN?

Name:

Klasse:

AUFGABEN

5 Klassendebatte

- a) Diskutiert in der Klasse die Frage: „Sollte man Beleidigungen gegen Politiker weiterhin besonders bestrafen?“ Vertritt dabei die Perspektive, die du gelesen hast.
- b) Notiere nach der Debatte die **stärksten Argumente** für **Pro** und **Contra** in der Tabelle.

Pro	Contra

AUFGABEN

6 Dein Urteil

Beurteile: Würde die Abschaffung des besonderen Schutzes (Paragraf 188) die **Demokratie** eher **stärken** oder **schwächen**? *Begründe* deine Meinung mit mindestens einem **Argument** aus der Debatte. Gehe auch auf ein **starkes Gegenargument** ein und *erkläre*, warum du **trotzdem** bei deiner Meinung bleibst.

SOLLTE MAN BELEIDIGUNGEN GEGEN POLITIKER WEITERHIN BESONDERS BESTRAFEN?

AUFGABE 1

Für eine Übersicht s. Tabelle.

Fall	Einordnung	Begründung
A Kritik an der Regierung	geschützt	Werturteil/Kritik an der Sache – auch scharfe Kritik ist erlaubt.
B Nutzer kritisieren, Werbepartner kündigen	geschützt	Andere dürfen kritisieren und Konsequenzen ziehen – das ist selbst Teil der freien Debatte. Die Meinungsfreiheit schützt nur vor dem Staat, nicht vor Reaktionen anderer Menschen.
C erfundener Diebstahlsvorwurf	nicht geschützt	bewusst falsche Tatsachenbehauptung, keine Meinung.
D Aufruf zu Hass gegen eine Gruppe	nicht geschützt	überschreitet die Grenze (Hassaufruf / Volksverhetzung).
E „Lügenfritze“ über einen Politiker	unsicher / Grenzfall	scharfe Kritik an einer öffentlichen Person – aber wo wird daraus eine strafbare Beleidigung? Nicht eindeutig; genau das ist Thema der Debatte.

AUFGABE 2

a) Was Art. 5 GG schützt:

Artikel 5 GG garantiert das Recht, die eigene Meinung frei zu äußern und zu verbreiten.

b) Warum Meinungsfreiheit in einer Demokratie wichtig ist:

Nur wer frei sagen darf, was er denkt, kann die Regierung kritisieren, auf Probleme aufmerksam machen und mitreden. Ohne Meinungsfreiheit gäbe es keine Opposition und keine Kontrolle der Mächtigen, deshalb ist sie für eine Demokratie unverzichtbar.

c) Grenzen der Meinungsfreiheit:

Geschützt ist man vor dem Staat: Polizei, Gerichte und Behörden dürfen niemanden für eine Meinung bestrafen. Nicht geschützt ist man davor, dass andere Menschen widersprechen oder Konsequenzen ziehen. Grenzen: Man darf nicht über andere lügen, sie beleidigen oder zu Hass gegen Gruppen aufrufen.

SOLLTE MAN BELEIDIGUNGEN GEGEN POLITIKER WEITERHIN BESONDERS BESTRAFEN?

AUFGABE 3

a) Unterschied Beleidigung und Politiker:innenbeleidigung:

Bei einer Politikerbeleidigung (§ 188) sind die Strafen höher – bis zu drei Jahre Freiheitsstrafe statt höchstens zwei bei einer normalen Beleidigung. Der Paragraph gilt nur für Personen, die im politischen Leben stehen, und nur, wenn die Äußerung ihr öffentliches Wirken erheblich betrifft.

b) Welches Problem §188 lösen soll:

Er soll vor allem Kommunalpolitiker:innen schützen: Sie sind oft Anfeindungen ausgesetzt, arbeiten häufig ehrenamtlich und ziehen sich in einem feindseligen Klima eher aus der Politik zurück. Man wollte verhindern, dass sich immer mehr Menschen aus dem politischen Engagement zurückziehen.

c) Einordnung von Beleidigung wie „Lügenfritze“ in §188:

§ 188 greift nur, wenn sich die Äußerung erheblich auf das öffentliche Wirken auswirkt. Ob ein bloßes Schimpfwort wie „Lügenfritze“ diese Bedingung überhaupt erfüllt, ist laut dem Strafrechtsexperten Jahn unklar; bei klassischen Beleidigungen ist nicht eindeutig, ob sie darunterfallen.

d) Zusammenhang §188 und Meinungsfreiheit

Eine Beleidigung selbst ist zwar nicht geschützt, aber wo erlaubte scharfe Kritik aufhört und strafbare Beleidigung beginnt, ist unscharf. Wenn Beleidigungen gegen Politiker:innen besonders hart bestraft werden, trauen sich manche Menschen vielleicht gar nicht mehr, Politiker:innen überhaupt scharf zu kritisieren – aus Angst, die unklare Grenze zu überschreiten. So kann die Regelung auch erlaubte Meinungsäußerungen verhindern (Abschreckungseffekt).

AUFGABE 4

Eine Übersicht aller Argumente finden Sie in der Tabelle.

	Argumente	Bedeutung für die Demokratie
Pro: Ohne klaren Schutz für Politiker leidet die Demokratie (Beck / Hoffmeister, Deutschlandfunk Kultur)	Hohe Strafen sind keine Sonderbehandlung; Menschen in der Politik werden oft attackiert und ziehen sich zurück; das Strafrecht setzt eine notwendige Grenze; überzogene Einzelfälle liegen an der Umsetzung, nicht am Gesetz; Betroffene können sich wehren.	Schutz – die Grenze verhindert den Rückzug aus der Politik und schützt so die Demokratie.

SOLLTE MAN BELEIDIGUNGEN GEGEN POLITIKER WEITERHIN BESONDERS BESTRAFEN?

	Argumente	Bedeutung für die Demokratie
<p>Pro: Politische Ämter verdienen besonderen Respekt (Beyer, Spiegel)</p>	<p>Politische Ämter verdienen ein Mindestmaß an Respekt; Kritik ja, aber nicht als Beleidigung; fehlender Respekt schadet dem politischen System; davon profitieren vor allem rechte Parteien; die Hämte in sozialen Netzwerken hat überhandgenommen.</p>	<p>Schutz – Respekt vor den Ämtern stützt das politische System.</p>
<p>Contra: Politiker dürfen keine Extra-Behandlung kriegen – das schadet der Demokratie (Conrad, taz)</p>	<p>Die Sonderbehandlung verstößt gegen die Gleichheit vor dem Gesetz; wer keinen guten Anwalt hat, trifft es härter (Geldstrafe, Registereintrag); der Eindruck, Politiker:innen würden bevorzugt, steigert den Hass auf die Politik.</p>	<p>Gefahr – Ungleichheit und der Eindruck der Bevorzugung gefährden die Demokratie.</p>
<p>Contra: Beleidigungen sollten generell nicht strafrechtlich verfolgt werden (Rieg, Telepolis)</p>	<p>Beleidigungen gehören nicht ins Strafrecht (höchstens schwere Fälle, sonst Zivilrecht); freie Äußerung ist wichtig; ablehnende Worte sind in Debatten normal; Strafen schränken die freie Debatte ein; man sollte die Ursachen erforschen statt strafen.</p>	<p>Gefahr – Strafen schränken die freie Debatte ein.</p>

AUFGABE 6

Beispielurteil Schutz für die Demokratie:

Ich finde, die Abschaffung des besonderen Schutzes würde die Demokratie eher stärken. In einem Rechtsstaat sollten alle Menschen gleich behandelt werden – wenn Beleidigungen gegen Politiker:innen härter bestraft werden als gegen normale Bürger:innen, entsteht der Eindruck, dass Politiker:innen bevorzugt werden (Conrad). Das kann das Vertrauen in die Politik schwächen und den Hass auf sie sogar verstärken. Außerdem ist es für eine Demokratie wichtig, dass man die Mächtigen frei und auch scharf kritisieren darf. Ein starkes Gegenargument ist allerdings, dass der besondere Schutz verhindern soll, dass sich vor allem ehrenamtliche Kommunalpolitiker:innen aus der Politik zurückziehen (Beck). Das nehme ich ernst – trotzdem bleibe ich bei meiner Meinung, weil man Politiker:innen auch mit dem normalen Beleidigungsrecht schützen kann, ohne ihnen ein Sonderrecht zu geben, das die Gleichheit vor dem Gesetz infrage stellt.

SOLLTE MAN BELEIDIGUNGEN GEGEN POLITIKER WEITERHIN BESONDERS BESTRAFEN?

AUFGABE 6

Beispielurteil Gefahr für die Demokratie:

Meiner Meinung nach würde die Abschaffung die Demokratie eher schwächen. Menschen in der Politik werden oft angefeindet, und ohne besonderen Schutz ziehen sich gerade ehrenamtliche Kommunalpolitiker:innen eher zurück (Beck). Wenn aber immer weniger Menschen bereit sind, ein politisches Amt zu übernehmen, verliert die Demokratie wichtige Mitstreiter:innen. Ein starkes Gegenargument ist, dass der besondere Schutz gegen die Gleichheit vor dem Gesetz verstößt und den Eindruck erweckt, Politiker:innen würden bevorzugt (Conrad). Das ist ein berechtigter Einwand – trotzdem bleibe ich bei meiner Meinung, weil der Schutz vor Einschüchterung für mich schwerer wiegt. Überzogene Einzelfälle liegen außerdem eher an der Umsetzung als am Gesetz selbst, und die lassen sich korrigieren.